

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17.09.2010

# SPD fordert Hilfe für Bombenräumer

## Kritik an Sparplänen des Landes: Belastung der Sprengmeister „unverantwortlich“

VON VIVIEN-MARIE DREWS

Mit scharfem Protest hat die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag auf die Überlegungen des Landes zu Einsparungen im Bereich des Kampfmittelbeseitigungsdienstes reagiert. „Wir haben Bombenaltlasten in großer Zahl. Das Land steht in der Pflicht, weiterhin nach ihnen zu suchen und nicht nur bei zufälligen Funden zu reagieren“, sagte Klaus Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag.

Wie die HAZ berichtete, sind die Stellen der drei Bombenräumer, die im Juni bei der Explosion eines Blindgängers in Göttingen getötet worden waren, noch immer nicht besetzt worden. Die drei Männer gehörten dem Kampfmittelbeseitigungsdienst der Zentralen Polizeidirektion Hannover an, der seit dem Unglück nur beschränkt einsatzbereit ist. Eine Wiederbesetzung der Stellen ist bislang unterblieben, weil das Innenministerium derzeit die Strukturen prüft.

Dabei geht es um die Frage, ob sich das Land noch einen eigenen Kampfmittelbeseitigungsdienst leisten will oder in Zukunft verstärkt private Kampfmittelräumfirmen mit dem Aufspüren und Entschärfen der Blindgänger beauftragt werden sollen.

Wegen des Personalmangels steht das sogenannte Landesräumprogramm – die systematische Suche und Entschärfung von Blindgängern – derzeit so gut wie still. Die fünf Sprengmeister der Zentralen Polizeidirektion Hannover sind damit ausgelastet, Bomben zu entschärfen, die unerwartet freigelegt werden, zum Beispiel bei Bauarbeiten. Eine zusätzliche Belastung ist die 24-Stunden-Bereitschaft der Sprengmeister, sie muss auch nach dem Tod der beiden Sprengmeister Thomas Gesk und Gerd Ehler sowie deren Vorarbeiter Torsten Ehrhardt mit weniger Personal aufrechterhalten werden. „Es ist unverantwortlich, diese dezimierte Truppe über Monate in Räumereinsätze zu schicken“, sagt Innenexperte Bachmann. Er bezeichnet es als

„starkes Stück“, dass Innenminister Uwe Schünemann den Innenausschuss bisher nicht über die „Strukturprüfung“ informiert habe. „Es ist schon fast pietätlos, dass der Innenminister den Tod der Mitarbeiter zum Anlass nimmt, die Einrichtung in Gänze infrage zu stellen“, sagte Bachmann. Dass in diesem Jahr Kürzungen beim Kampfmittelräumdienst bevorstehen würden, hatte sich nach Informationen der HAZ allerdings schon vor dem Tod der drei Männer abgezeichnet.

Der Sprecher der hannoverschen Feuerwehr, Alfred Falkenberg, zeigt sich zuversichtlich, dass die Kampfmittelräumer trotz der schwierigen Lage noch in diesem Jahr mögliche Blindgänger in den nördlichen Stadtteilen freilegen und entschärfen. „Die Termine stehen noch nicht fest“, sagt er. Die Maßnahmen seien Teil des Landesräumprogramms. „Da wir keine anderen Signale haben, gehen wir davon aus, dass die Entschärfungen wie geplant stattfinden“, sagt Falkenberg.

Bild Hannover, 17.09.2010

## Bomben-Drama SPD kritisiert Innenminister

Hannover – Will Innenminister Uwe Schünemann (45, CDU) den Kampfmittelbeseitigungsdienst abschaffen? Nach dem Tod von drei Bombenräumern bei einer Entschärfung in Göttingen vor

vier Monaten (BILD berichtete) sind die Stellen noch nicht wieder besetzt. Das Innenministerium will zunächst prüfen, ob der Dienst durch private Räumfirmen ersetzt werden kann. „Pietätlos“, kritisiert die SPD-Landtagsfraktion. Ihr innenpolitischer Sprecher Klaus-Peter Bachmann warnt vor einer Auflösung oder Privatisierung des KBD: „Wir haben in ganz Niedersachsen immer noch Bomben-Alt-

lasten in großer Zahl. Hier steht das Land auch zukünftig in der Pflicht, nach diesen planmäßig zu suchen und nicht nur bei zufälligen Funden zu reagieren.“ Bachmann weiter: **„Was gar nicht geht, ist, diese dezimierte Truppe nun noch über Monate in Räumereinsätze zu schicken, ohne für eine angemessene Personalausstattung zu sorgen. Das ist unverantwortlich.“**

Nordwest Zeitung, 17.09.2010

# Entscheidung über Polizeihubschrauber im Oktober

## RETTUNGSDIENSTE Ministerpräsident David McAllister sagt „Sicherheitsstandards“ für Nordwesten zu

**NEUSÜDENDE/OLDENBURG/REI/TEHA** – Im Streit um den Polizeihubschrauberstandort in Neusüden (Kreis Ammerland) hat sich Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) positioniert: „An den Sicherheitsstandards für den Nordwesten wird es keine Abstriche geben“, sagte McAllister am Donnerstag in Oldenburg. Es liefen zurzeit interne Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern. Im Oktober werde Innenminister Uwe Schünemann

(CDU) ein Gesamtkonzept vorstellen, sagte der Regierungschef.

In der Vergangenheit hatten sich parteiübergreifend Landtagsabgeordnete, Oberbürgermeister und Landräte massiv für die Erhaltung des Polizeihubschrauberstandortes in Neusüden stark gemacht. Sie befürchteten bei einem Abzug des Helikopters „Phönix“ eine Versorgungslücke, die fatale Folgen haben könnte.

Die Kommunen halten nichts von „Fremdlösungen“ und führen ins Feld, dass nur bei einem stationären Einsatz des Rettungshubschraubers im Ernstfall wirksam geholfen werden kann. Aus „flugfachlicher, polizeilicher sowie einsatztaktischer Sicht“ sei es fraglich, dass private Anbieter die gleiche Leistung erbringen könnten wie der Polizeihubschrauber, heißt es in Appellen an die CDU/FDP-Landesregierung.

Der Standort Neusüden

biete eine „große charakteristische Zuverlässigkeit“, die für die Fläche notwendig sei, steht in einem Schreiben der Landkreise und Städte des Oldenburger Landes an den Innenminister. Unterschrieben ist es von Schünemanns Parteifreund Hans Eveslage, dem Cloppenburg Landrat und Vorsitzenden der kommunalen Gemeinschaft „Das Oldenburger Land“.